

STADT WOLMIRSTEDT

Die Bürgermeisterin



Beschlussvorlage	öffentlich
-------------------------	-------------------

Beschluss-Nr.: 258/2019-2024	Datum: 16.06.2021	Zeichen: FD OuP/BSR/Do
--	-----------------------------	----------------------------------

Beratungsfolge		Beratungsergebnis		
Gremium	Sitzung am	Ja	Nein	Enth.
Stadtrat	08.07.2021	zurückgezogen		

beschlossen am: _____	_____ Datum, Unterschrift, Siegel
-----------------------	--------------------------------------

Betreff:
 Setzen eines Verhandlungsgegenstandes auf die Tagesordnung
 hier: Forcierung Radwegbau Mose - Farsleben

Beschluss:
 Der Stadtrat der Stadt Wolmirstedt beschließt den Tagesordnungspunkt „Forcierung Radwegbau Mose - Farsleben“ auf die Tagesordnung der nächsten ordentlichen Sitzung des Stadtrates zu setzen.

Bürgermeisterin	Fachdienstleiterin Organisation und Personal	Sachbearbeiter Fachdienst	
		Büro des Stadtrates	
M. Cassuhn	S. Soe	J. Dorendorf-Philipp	

Sachdarstellung:

Herr Mewes hat mit E-Mail vom 14.06.2021, den Antrag gestellt, den Tagesordnungspunkt „Forcierung Radwegbau Mose - Farsleben“ auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

Herr Mewes ist gewähltes Mitglied des Stadtrates Wolmirstedt, jedoch gehört er keiner Fraktion an. Der Antrag wurde nur von ihm eingereicht, eine Beteiligung weiterer Mitglieder der Vertretung ist nicht zu erkennen.

Nachfolgend ein Auszug aus dem Kommentar zu § 53 Abs. 5 S. 2 KVG LSA, Miller, Randziffer 4.3 sowie zu § 43 Abs. 3 S. 1 KVG LSA, Miller, Randziffer 4

Auf Antrag eines Viertels der Mitglieder der Vertretung oder einer Fraktion ist ein Verhandlungsgegenstand auf die Tagesordnung spätestens der übernächsten Sitzung der Vertretung zu setzen. Ist eine ordnungsgemäße Einberufung (§ 53 KVG LSA) noch möglich, so haben die Antragsteller einen Anspruch darauf, dass der Verhandlungsgegenstand grundsätzlich in der nächsten Sitzung verhandelt wird.

Stellt nur ein Mitglied der Vertretung einen Antrag auf Aufnahme eines Gegenstandes auf die Tagesordnung, so wird die Mehrheit der auf Ja oder Nein lautenden Stimmen (§ 56 Abs. 2 KVG LSA) benötigt. Wird dem Antrag von der Mehrheit der Mitglieder zugestimmt, so ist er auf die nächste Tagesordnung zu setzen. § 53 Abs. 5 S. 2 KVG LSA ermöglicht es somit nicht, dass die Angelegenheit, auf die sich der Antrag bezieht, bereits in derselben öffentlichen Sitzung behandelt wird.

Wird das in § 56 (2) genannte Quorum nicht erreicht, so besteht auch kein Anspruch einzelner Mitglieder der Vertretung gegenüber dem Vorsitzenden auf Aufnahme eines Verhandlungsgegenstandes in die Tagesordnung.

Das Initiativrecht hat zum Inhalt, dass sich die Vertretung mit dem gestellten Antrag befasst und mit der erforderlichen Mehrheit entscheidet, ob in eine Sachdebatte eingetreten und ggf. dem Antrag zugestimmt wird. Somit erhält ein Mitglied der Vertretung eine Chance, die Mehrheit davon zu überzeugen, dass eine Befassung zu einem Gegenstand des jeweiligen Vorschlages zulässig und geboten ist.

Abzugrenzen ist dieses Recht von dem allgemeinen Antragsrecht eines jeden Mitglieds der Vertretung nach § 43 (3) KVG LSA. Das Antragsrecht nach § 43 (3) KVG LSA umfasst Sachanträge und Geschäftsordnungsanträge. Es kann nur im Rahmen einer Sitzung ausgeübt werden und erstreckt sich auf die tagesordnungsmäßige Behandlung des Gegenstandes. Eingeschlossen ist das Recht, Änderungsanträge zum Verhandlungsgegenstand eines Tagesordnungspunktes einer Sitzung der Vertretung zu stellen.

Demnach ist vor Aufnahme des Verhandlungsgegenstandes auf die Tagesordnung von der Vertretung darüber abzustimmen.

Die Verwaltung hat zu diesem Antrag eine Stellungnahme (Anlage 3) erstellt. Aus diesem Grund empfiehlt die Verwaltung den Antrag abzulehnen und den Inhalt des Antrages im Zusammenhang mit der Radwegekonzeption zu diskutieren. Der Bau- und Wirtschaftsausschuss hat am 22.06.2021 über den Entwurf beraten. Vorschläge und Hinweise sollen eingearbeitet werden, um dann dem Stadtrat am 30.09.2021 diese Konzeption vorzulegen.

- Anlagen:**
1. E-Mail vom 14.06.2021
 2. Antrag UWG Radwege
 3. Stellungnahme der Verwaltung